



2009/11 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2009/11/der-allerletzte-linke-student>

Sind deutsche Studenten links?

Der allerletzte linke Student

Von **Daniél Kretschmar**

Die AG Hochschulforschung der Konstanzer Sozialwissenschaften hat den empirischen Beweis erbracht: Deutsche Studenten sind nicht links.

»Labil und teilnahmslos« sind sie, die Studenten. So fassen die Medien im Wesentlichen die Ergebnisse der unter der Leitung des Konstanzer Sozialwissenschaftlers Tino Bargel erstellten Studie »Wandel politischer Orientierung und gesellschaftlicher Werte der Studierenden« zusammen. Die Untersuchung erfolgt seit 1983 in regelmäßigen Abständen im Auftrag des Bundesbildungsministeriums. Im Abschnitt über die politischen Ansichten der Studierenden haben die Wissenschaftler Daten zusammengetragen, die bürgerlichen Demokraten und so genannten Zivilgesellschaftlern einen Schauer über den Rücken jagen dürften, aber auch außerparlamentarische Linke beunruhigen sollten.

Denn »labil« ist nicht die Psyche der Untersuchten, sondern deren Loyalität zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die Zahl der »sattelfesten Demokraten« sinkt, viele Studierende müssen der Studie zufolge hingegen als »labile Demokraten« bezeichnet werden. Einer Autokratie »würden die Studierenden keinen Widerspruch oder Widerstand entgegensetzen«, schreiben die Autoren. Zwar ordnet sich die Mehrheit der Studierenden noch immer dem sozialdemokratischen und grün-alternativen Spektrum zu, aber die Antworten auf Fragen zu konkreten politischen Prioritäten überraschen. So gibt über die Hälfte der Befragten an, dass ihr die harte Bestrafung von Kriminellen und der besondere Schutz der traditionellen Familie wichtig sei.

Dagegen ist den Befragten die soziale Gerechtigkeit oder auch die Gleichstellung von Frauen weniger wichtig als den Studenten vor zehn, geschweige denn 20 Jahren. Während die soziale Unsicherheit für die Studierenden zunimmt, zeigen sie immer weniger Interesse an gesellschaftlichen Utopien oder am öffentlichen politischen Leben überhaupt. Themen wie die Meinungsfreiheit und das Demonstrationsrecht scheinen bedeutungslos geworden zu sein. Selbst ihre ganz eigenen Belange sind den Studenten anscheinend völlig gleichgültig. Das Interesse an Hochschulpolitik im Allgemeinen und studentischer Interessenvertretung im Besonderen ist denkbar niedrig. Die einzige Ausnahme bildete die intensive Debatte um Studiengebühren.

Diese Entwicklungen sind nicht vollständig neu, schon 1998 wies Bargel auf sie hin. Die Erkenntnisse seiner neuen Studie entsprechen denen anderer empirischer Forschungen wie der Sozialerhebung des Studentenwerks oder verschiedener Umfragen zu Studienbedingungen an den Hochschulen. Die Ergebnisse lassen sich so zusammenfassen: Die statistische Durchschnittsstudentin kommt aus mäßig begüterttem Elternhaus, mindestens ein Elternteil hat studiert. Sie wendet etwa 40 Stunden in der Woche für ihr Studium auf, in Prüfungszeiten deutlich mehr. Sie muss für ihren Lebensunterhalt nebenher arbeiten, zehn Stunden die Woche, oft mehr. Sie belegt einen Kurs beim Hochschulsport, ist bisher gewerkschaftlich, parteipolitisch, in Bürgerinitiativen oder Ähnlichem nicht organisiert gewesen. Sie ist sich der Tatsache bewusst, dass die Berufsaussichten im Vergleich zu denen früherer Generationen schlecht sind, glaubt aber an die stimulierende Wirkung des Wettbewerbs und der Marktwirtschaft, vertraut dem so genannten Leistungsprinzip jedoch kaum. Sie wünscht sich mehr soziale Gerechtigkeit, fühlt sich aber nicht dafür verantwortlich, sich für diese einzusetzen. Sie lehnt politisch motivierte Gewalt ab und hat in steigendem Maß Angst vor »kultureller Überfremdung«. Was diese eigenartige Mischung für den Mythos von der rebellischen, vorgeblich linken Studentenschaft bedeutet, ist offensichtlich und den politisch aktiven Studenten bekannt. Deren Erklärungen klingen plausibel. »Auch wir beobachten, dass Studierende heute unpolitischer sind, als sie es vielleicht einmal waren. Die Ursachen dafür liegen unter anderem im System: Bachelor und Master, Vergleichbarkeits- und Employability-Wahn durch Bologna, Studiengebühren usw.«, sagt Dorothee Riese, die Sprecherin des Studentinnenrats der Universität Leipzig. »Die Umstrukturierung des Bildungssystems ist ein Teil des Problems«, findet auch Jana König von der Linken Liste an der Berliner Humboldt-Universität. Die Feststellung der Konstanzer Sozialwissenschaftler, dass die Studenten weiter in die »politische Mitte« gerückt seien, kommentiert König mit der Bemerkung, dass »ein Rücken in die uninteressierte Mitte ein Rechtsruck ist«.

Auch das unabhängige Fachschaftenforum der Universität Münster stimmt den Beobachtungen der Studie zu: »Diskussions- und Kritikfreudigkeit sind unter den Studierenden gering. Öffentliche Debatten werden nicht aufgenommen. Autoritäten werden selten in Frage gestellt. Die Mehrheit der Studierenden passt sich dem System an und zieht sich lieber ins Private zurück.«

Einig sind sich Dorothee Riese und die Münsteraner darin, dass es Zeit für eine Gegenbewegung sei. In Münster nutzt man die gegebenen, demokratischen Möglichkeiten der Mitwirkung und betreibt verstärkt Basisarbeit. Ob diese Bewegung von längerer Dauer sein kann, ist jedoch fraglich. So sagt Jana König einschränkend und passend zu den Daten der Studie: »Der geringe Nachwuchs, der in studentischen Strukturen ankommt, ist selten aus anderen politischen Zusammenhängen dort gelandet. Die meisten fangen erst in der Uni mit Kritik an und kommen in ihrer Radikalität nicht sehr weit.«

Im Fachschaftenforum Münster sieht man es so: »Das politische Selbstempfinden der Studierenden ist diffus, deshalb wird es eine Herausforderung sein, linke, progressive Politik plastischer zu gestalten und begreifbar zu machen.« Dieser Zweckoptimismus muss nicht die schlechteste Antwort auf die bestehenden Bedingungen sein. Die Daten der Studie stammen aus dem Jahr 2007, erfassen also noch nicht die Reaktionen auf die Abschaffung der Studiengebühren in Hessen oder auch die derzeitige Unsicherheit angesichts der »Hilfspakete« für die notleidende Wirtschaft. Beides könnte die attestierte

Teilnahmlosigkeit der Studierenden verringert, aber auch vergrößert haben.

Doch wer eine Prognose über die zukünftigen politischen Ansichten und Betätigungen der Studenten in Anbetracht der gesellschaftlichen Entwicklungen abgeben will, darf die gänzlich negative Interpretation der Konstanzer Studie nicht außer acht lassen: An den deutschen Hochschulen werden technokratische, ängstliche und autoritätshörige Akademiker herangezogen, denen allein an Sicherheit, Umweltschutz, Familie, den zugehörigen »Werten« und einem sozialen Ausgleich gelegen ist. Mit einer gesellschaftlichen Utopie, zumal einer linken, hat das nichts zu tun. Der letzte linke Student wird deshalb wohl weiter alleine bleiben.